

Bundesgesetzblatt ¹⁶⁷⁷

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 28. September 1976	Nr. 53
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
22. 9. 76	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 14/76 — Erhöhung des Zollkontingents 1976 für Bananen)	1677
3. 9. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	1678
9. 9. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen	1679
9. 9. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren	1680
9. 9. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über Verbindungen zwischen dem linksemsischen deutschen Gebiet und dem angrenzenden niederländischen Gebiet ..	1681
21. 9. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Internationalen Energie-Agentur und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Teilnahme der Regierung des Königreichs Norwegen an der Arbeit der Agentur	1683

Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 14/76 — Erhöhung des Zollkontingents 1976 für Bananen)

Vom 22. September 1976

Auf Grund des § 77 Abs. 3 Nr. 3 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529), zuletzt geändert durch das Sechzehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 18. März 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 701), verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Januar 1976 im Anhang Zollkontingente/2 in der Bestimmung zu Tarifstelle

08.01 B (Bananen usw.) in der Spalte 2 (Warenbezeichnung) die Mengenangabe „343 000 t“ ersetzt durch: „497 000 t“.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 22. September 1976

Der Bundeskanzler
Helmut Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Apel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung
des Völkermordes**

Vom 3. September 1976

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 729) wird nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für

Irland
in Kraft treten.

am 20. September 1976

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat am 21. November 1975 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgendes erklärt:

(Übersetzung)

"The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have consistently stated that they are unable to accept reservations in respect of Article IX of the said Convention; in their view this is not the kind of reservation which intending parties to the Convention have the right to make.

Accordingly, the Government of the United Kingdom do not accept the reservation entered by the Republic of Rwanda against Article IX of the Convention. They also wish to place on record that they take the same view of the similar reservation made by the German Democratic Republic as notified by circular letter C.N. 85. 1973. TREATIES-2 of 25 April 1973."

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hat stets erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, Vorbehalte zu Artikel IX der genannten Konvention anzunehmen; nach ihrer Auffassung sind dies keine Vorbehalte, wie sie künftige Vertragsparteien der Konvention zu machen berechtigt sind.

Daher erklärt die Regierung des Vereinigten Königreichs, daß sie den Vorbehalt der Republik Ruanda zu Artikel IX der Konvention nicht annimmt. Sie gibt ferner zu Protokoll, daß sie diese Auffassung auch zu dem ähnlichen Vorbehalt der Deutschen Demokratischen Republik vertritt, der mit Rundschreiben C.N.85.1973. TREATIES-2 vom 25. April 1973 notifiziert wurde."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. November 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 2200).

Bonn, den 3. September 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Vom 9. September 1976

Die Satzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) vom 16. Oktober 1945 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 1033) ist nach ihrem Artikel XXI Abs. 4 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am 12. November 1973
Bahrain	am 8. November 1971
Bangladesch	am 12. November 1973
Fidschi	am 8. November 1971
Grenada	am 8. November 1975
Guinea-Bissau	am 26. November 1973
Katar	am 8. November 1971
Malediven	am 8. November 1971
Mongolei	am 12. November 1973
Oman	am 8. November 1971
Papua-Neuguinea	am 8. November 1975
Surinam	am 26. November 1975
Swasiland	am 8. November 1971
Tansania	am 8. Februar 1962
Vereinigte Arabische Emirate	am 12. November 1973.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juli 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1033) und berichtigt sie in bezug auf Tansania, sowie im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Juli 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 1055).

Bonn, den 9. September 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 139
der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verhütung und Bekämpfung
der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren

Vom 9. September 1976

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Mai 1976 zu dem Übereinkommen Nr. 139 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974 über die Verhütung und Bekämpfung der durch krebserzeugende Stoffe und Einwirkungen verursachten Berufsgefahren (Bundesgesetzbl. 1976 II S. 577) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 23. August 1977 in Kraft treten wird.

Die Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. August 1976 bei der Internationalen Arbeitsorganisation registriert.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten

Ecuador	am	10. Juni 1976
Ungarn	am	10. Juni 1976

und wird in Kraft treten für

Guinea	am	20. April 1977
Schweden	am	23. September 1976

Bonn, den 9. September 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über Verbindungen zwischen dem linksrheinischen deutschen Gebiet
und dem angrenzenden niederländischen Gebiet**

Vom 9. September 1976

In Bonn ist am 4. Dezember 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über Verbindungen zwischen dem linksrheinischen deutschen Gebiet und dem angrenzenden niederländischen Gebiet unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 9. September 1976

in Kraft getreten.

Die Notifikation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Erfüllung der für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen als letzte der in Artikel 8 des Abkommens für sein Inkrafttreten erforderlichen Notifikationen ist der Regierung des Königreichs der Niederlande am 9. August 1976 zugegangen.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. September 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs der Niederlande
über Verbindungen zwischen dem linksemsischen deutschen Gebiet
und dem angrenzenden niederländischen Gebiet**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung des Königreichs der Niederlande —

In der Erwägung, daß, seitdem am 12. Oktober 1876 zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden ein Vertrag betreffend die Verbindung des niederländischen Kanalnetzes mit den Kanälen links der Ems auf preußischem Gebiete geschlossen wurde, der Schiffsverkehr auf den deutschen Kanälen links der Ems stark an Bedeutung verloren hat,

In dem Wunsch, die Kanäle der Kultivierung des in der Bundesrepublik Deutschland westlich des Süd-Nord-Kanals gelegenen Gebietes nutzbar zu machen,

In Anbetracht des am 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande geschlossenen Grenzvertrags, insbesondere des Artikels 66 Absatz 4 und des Artikels 83 dieses Vertrages,

Nach Anhörung der Ständigen Deutsch-Niederländischen Grenzgewässerkommission —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Benutzung der nachstehend angegebenen Kanäle wird wie folgt geregelt:

- a) der Nordhorn-Almelo-Kanal, der Coevorden-Picardie-Kanal, sowie der Verbindungskanal zwischen der Hoogeveenschen Vaart und dem Süd-Nord-Kanal sind nicht für den grenzüberschreitenden Schiffsverkehr bestimmt;
- b) der Haren-Rütenbrock-Kanal ist für den grenzüberschreitenden Schiffsverkehr bestimmt.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien tragen dafür Sorge, daß die innerhalb ihres Hoheitsgebietes liegenden Teile des Haren-Rütenbrock-Kanals ordnungsgemäß unterhalten werden und keine Maßnahmen daran getroffen werden, die der Bestimmung dieses Kanals für die Schifffahrt, für die er im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens eingerichtet ist, abträglich sind.

(2) Die Bestimmungen des ersten Absatzes beziehen sich insbesondere auf:

- a) die Aufrechterhaltung des Kanalwasserstandes;
- b) die Instandhaltung des Kanals und der dazugehörigen Bauwerke;
- c) die Bedienung von Schleusen und Brücken;

d) die Durchführung von Bauvorhaben in, über oder unter dem Kanal und das Einbringen von Gegenständen oder von festen Stoffen in den Kanal.

(3) Wenn der Haren-Rütenbrock-Kanal keine oder nahezu keine Bedeutung für den grenzüberschreitenden Schiffsverkehr mehr hat, können die Vertragsparteien, falls alsdann jede von ihnen mit diesem Verfahren einverstanden ist, durch Notenwechsel vereinbaren, daß dieser Kanal nicht mehr für den grenzüberschreitenden Schiffsverkehr bestimmt ist. In den Noten können Bestimmungen der Art getroffen werden, wie sie in diesem Abkommen festgelegt sind.

Artikel 3

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt und verpflichtet, spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens durch den Verbindungskanal zwischen der Hoogeveenschen Vaart und dem Süd-Nord-Kanal einen Damm zu errichten, dessen Achse auf der deutsch-niederländischen Grenze liegt.

(2) Die Regierung des Königreichs der Niederlande sagt die notwendige Mitwirkung für den Bau zu.

(3) Jede Vertragspartei hält den Teil des Damms in ihrem Hoheitsgebiet instand.

(4) Jede Vertragspartei hält den auf ihrer Seite der deutsch-niederländischen Grenze im Jahre 1968 durch den Nordhorn-Almelo-Kanal errichteten Damm instand.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die nachstehend aufgeführten Straßen instand halten, die für den grenzüberschreitenden Verkehr ausgebaut wurden, weil er die in Artikel 1 Absatz a genannten Kanäle nicht mehr benutzen kann:

die Landesstraße Nr. 46 Schöninghsdorf-Twist;

die Kreisstraße Meppen-Schöninghsdorf;

die Kreisstraße Twist-Georgsdorf-Bathorn bis zur Abzweigung nach Neugnadenfeld;

die Kreisstraße Schöninghsdorf-deutsch-niederländische Grenze.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird dafür Sorge tragen, daß die zwei Verbindungen für Lastkraftwagen und die Verbindung für eine Schmalspurbahn über den Süd-Nord-Kanal, die (von deutscher Seite) bereits 1965 für die Beförderung von östlich des Kanals gewonnenem Torf angelegt worden sind, bis zum Ablauf des Jahres 1975 instand gehalten werden. Die Verpflichtung zur Unterhaltung entfällt vor diesem Zeitpunkt, sofern und sobald die Bauwerke nicht mehr für die bezeichnete Torfbeförderung benötigt werden.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien werden sich auf Antrag einer von ihnen über die Durchführung dieses Abkommens beraten.

Artikel 6

Am Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens tritt der in der Präambel angeführte Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden betreffend die Verbindung des niederländischen Kanalnetzes mit den Kanälen links der Ems auf preußischem Gebiet außer Kraft.

Artikel 7

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tage in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Bonn, am 4. Dezember 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Peter H e r m e s

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
v a n L y n d e n

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Internationalen Energie-Agentur
und der Regierung des Königreichs Norwegen
über die Teilnahme der Regierung des Königreichs Norwegen an der Arbeit der Agentur
Vom 21. September 1976**

In Paris ist am 7. Februar 1975 ein Abkommen zwischen der Internationalen Energie-Agentur und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Teilnahme der Regierung des Königreichs Norwegen an der Arbeit der Agentur unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 19. Januar 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 21. September 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Abkommen
zwischen der Internationalen Energie-Agentur
und
der Regierung des Königreichs Norwegen über die Teilnahme
der Regierung des Königreichs Norwegen an der Arbeit der Agentur**

**Agreement
between the International Energy Agency
and
the Government of the Kingdom of Norway concerning the Participation
of the Government of the Kingdom of Norway in the Work of the Agency**

**Accord
entre l'Agence Internationale de l'Énergie
et
le Gouvernement du Royaume de Norvège concernant la participation
du Gouvernement du Royaume de Norvège aux travaux de l'Agence**

DIE INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR UND DIE REGIERUNG DES KÖNIGREICHS NORWEGEN —

IN DER ERWÄGUNG, daß die Internationale Energie-Agentur (die „Agentur“) am 15. November 1974 im Rahmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durch Beschluß des Rates zur Errichtung einer Internationalen Energie-Agentur der Organisation errichtet wurde;

IN DER ERWÄGUNG, daß die Teilnehmerstaaten der Agentur ein Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm unterzeichnet haben und daß der Verwaltungsrat der Agentur am 18. November 1974 das Internationale Energieprogramm angenommen hat;

EINIG über die Notwendigkeit, daß die Teilnehmerstaaten der Agentur als Gruppe eine größere Unabhängigkeit in der Energieversorgung erreichen müssen;

IN DER ERWÄGUNG, daß in dieser Hinsicht die Teilnahme der Regierung des Königreichs Norwegen (die „Regierung“) für die Erreichung der Ziele der Agentur von besonderem Interesse ist, da das Königreich Norwegen wahrscheinlich auf lange Sicht Ausfuhrüberschüsse im Ölbereich haben wird;

UNTER BEKUNDUNG der weitgehenden Übereinstimmung beider Vertragsparteien, die Ziele des Internationalen Energieprogramms fördern und seine Zwecke erreichen zu wollen —

THE INTERNATIONAL ENERGY AGENCY AND THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF NORWAY,

CONSIDERING that the International Energy Agency (the „Agency“) was established, on 15th November, 1974, within the framework of the Organisation for Economic Co-operation and Development, by the Decision of the Council Establishing an International Energy Agency of the Organisation,

CONSIDERING that the Agency Participating Countries signed an Agreement on an International Energy Program and that the Governing Board of the Agency adopted the International Energy Program on 18th November, 1974,

AGREEING on the need for the Agency Participating Countries as a group to achieve greater independence in energy supply,

CONSIDERING that in this respect the participation of the Government of the Kingdom of Norway (the „Government“) is of particular interest to the achievement of the objectives of the Agency since the Kingdom of Norway is likely to have a long-term net export situation in the field of oil,

STATING the broad agreement of the two parties to promote the objectives and to achieve the goals of the International Energy Program,

L'AGENCE INTERNATIONALE DE L'ÉNERGIE ET LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE NORVÈGE,

CONSIDÉRANT que l'Agence Internationale de l'Énergie (l'«Agence») a été créée, le 15 novembre 1974, dans le cadre de l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques, par la Décision du Conseil portant création d'une Agence Internationale de l'Énergie de l'Organisation,

CONSIDÉRANT que les Pays Participant à l'Agence ont signé un Accord relatif à un Programme International de l'Énergie et que le Conseil de Direction de l'Agence a adopté le Programme International de l'Énergie le 18 novembre 1974,

CONVENANT de la nécessité pour les Pays Participant à l'Agence de parvenir, en tant que groupe, à une plus grande indépendance en matière d'approvisionnements énergétiques,

CONSIDÉRANT qu'à cet égard la participation du Gouvernement du Royaume de Norvège (le «Gouvernement») présente un intérêt particulier pour atteindre les objectifs de l'Agence, attendu que le Royaume de Norvège est susceptible d'avoir à long terme une situation exportatrice nette en matière de pétrole,

CONSTATANT l'accord général des deux parties en vue de favoriser les objectifs et d'atteindre les buts du Programme International de l'Énergie,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

HAVE AGREED as follows:

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Artikel 1

Die Regierung wird im Fall eines Notstands, der eine ernsthafte Verknappung in der Ölversorgung mit sich bringt, auf Grund eines von ihr gefaßten Beschlusses zu einem Verteilungsprogramm beitragen, indem sie den Teilnehmerstaaten der Agentur außer den üblichen Mengen die zusätzlichen Mengen liefert, die sich durch angemessene Maßnahmen zur Drosselung der Nachfrage und durch die Aktivierung jeglicher etwa vorhandenen bereitgehaltenen zusätzlichen Förderkapazität gewinnen lassen.

Article 1

The Government shall, in case of emergency involving serious shortage in oil supplies, contribute, by decision of the Government, to a sharing program by adding to normal supplies to Participating Countries of the Agency such additional deliveries as may be obtained from appropriate demand restraint measures and from the activation of any stand-by production capacity that may exist.

Article 1

En cas d'urgence entraînant une pénurie grave des approvisionnements pétroliers, le Gouvernement contribue, par une décision autonome, à un programme de répartition en ajoutant aux approvisionnements normaux des Pays Participant à l'Agence les livraisons supplémentaires qui pourraient être obtenues par des mesures appropriées de restriction de la demande et par la mise à contribution de toute capacité de production de réserve qui pourrait exister.

Artikel 2

Die Regierung nimmt Konsultationen mit der Agentur auf, um ihren in Artikel 1 genannten Beitrag festzulegen, sobald die Agentur die Inkraftsetzung von Notstandsmaßnahmen nach Kapitel IV des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm in Erwägung zieht.

Article 2

The Government shall enter into consultation with the Agency with a view to specifying its contribution referred to in Article 1 whenever the Agency considers the activation of emergency measures in accordance with Chapter IV of the Agreement on an International Energy Program.

Article 2

Le Gouvernement entame des consultations avec l'Agence en vue de préciser la contribution dont il est question à l'article 1, chaque fois que l'Agence envisage de mettre en vigueur des mesures d'urgence conformément au Chapitre IV de l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie.

Artikel 3

Die Regierung hat nach Maßgabe der auf Grund des Artikels 5 festzulegenden institutionellen Bestimmungen die Rechte und Pflichten eines Teilnehmerstaats für die Zwecke der folgenden Kapitel des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm:

Article 3

The Government shall, in accordance with the institutional provisions to be determined pursuant to Article 5 of this Agreement, have the obligations and enjoy the rights of a Participating Country for the purposes of the following Chapters of the Agreement on an International Energy Program:

Article 3

Conformément aux dispositions institutionnelles à déterminer en application de l'article 5 du présent Accord, le Gouvernement a les obligations et les droits d'un Pays Participant pour ce qui est des chapitres ci-après de l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie:

Kapitel V: Informationssystem betreffend den internationalen Ölmarkt

Chapter V: Information System on the International Oil Market

Chapitre V: Système d'informations relatives au marché pétrolier international

Kapitel VI: Rahmen für Konsultationen mit den Ölgesellschaften

Chapter VI: Framework for Consultation with Oil Companies

Chapitre VI: Cadre de consultation avec les compagnies pétrolières

Kapitel VII: Langfristige Zusammenarbeit im Energiebereich

Chapter VII: Long-Term Cooperation on Energy

Chapitre VII: Coopération à long terme dans le domaine de l'énergie

Kapitel VIII: Beziehungen zu Förderländern und zu anderen Verbraucherländern.

Chapter VIII: Relations with Producer Countries and with other Consumer Countries.

Chapitre VIII: Relations avec les pays producteurs et les autres pays consommateurs.

Artikel 4

Die Agentur lädt die Regierung zur Teilnahme an der Arbeit des Verwaltungsrats der Agentur und seiner Untergane ein.

Article 4

The Agency shall invite the Government to participate in the work of the Governing Board of the Agency and its subordinate organs.

Article 4

L'Agence invite le Gouvernement à participer aux travaux du Conseil de Direction de l'Agence et de ses organes subordonnés.

Artikel 5

Der Verwaltungsrat legt so bald wie möglich im Einvernehmen mit der Regierung geeignete institutionelle Bestimmungen zur Durchführung dieses Abkommens fest.

Article 5

Appropriate institutional provisions for the implementation of this Agreement shall be determined, as soon as possible, by the Governing Board in agreement with the Government.

Article 5

En accord avec le Gouvernement, le Conseil de Direction détermine aussi tôt que possible les dispositions institutionnelles propres à mettre en œuvre le présent Accord.

Artikel 6

Die Regierung hat dieselbe Verpflichtung, zu den Betriebskosten der Agentur beizutragen, wie ein Teilnehmerstaat der Agentur auf Grund des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm.

Artikel 7

Die Regierung trifft die erforderlichen Maßnahmen — einschließlich der erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen — zur Durchführung dieses Abkommens und derjenigen Beschlüsse der Agentur, die nach diesem Abkommen für die Regierung verbindlich sind.

Artikel 8

(1) Die Regierung notifiziert der Agentur bis zum 1. Mai 1975, daß sie, nachdem sie ihren verfassungsrechtlichen Verfahren entsprochen hat, zustimmt, durch dieses Abkommen gebunden zu sein.

(2) Dieses Abkommen tritt am zehnten Tag nach dem Tag, an dem die Regierung die in Absatz 1 erwähnte Notifikation vorgenommen hat, oder am Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm in Kraft, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 wird dieses Abkommen, soweit dies möglich und mit den norwegischen Rechtsvorschriften nicht unvereinbar ist, vom Tag seiner Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien an vorläufig angewendet.

(4) Die vorläufige Anwendung des Abkommens dauert an

- bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens,
- bis zum 60. Tag nach Eingang einer Notifikation bei der Agentur, daß die Regierung nicht zustimmen wird, durch das Abkommen gebunden zu sein, oder
- bis zum Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist für die Notifikation der Zustimmung durch die Regierung.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen endet mit der Beendigung des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch eine an die andere Vertragspartei zu richtende schriftliche Kündigung beenden, frühestens jedoch drei Jahre nach dem 18. November 1974, dem ersten Tag der vorläufigen Anwendung des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm.

Article 6

The obligations of the Government to contribute to the cost of operating the Agency shall be the same as those of a Participating Country of the Agency under the Agreement on an International Energy Program.

Article 7

The Government shall take the necessary measures, including any necessary legislative measures, to implement this Agreement and such Agency decisions as are binding on the Government pursuant to this Agreement.

Article 8

1. The Government shall not later than 1st May, 1975, notify the Agency that, having complied with its constitutional procedures, it consents to be bound by this Agreement.

2. This Agreement shall enter into force on the tenth day following the day on which the Government has given the notice mentioned in the preceding paragraph or on the date of entry into force of the Agreement on an International Energy Program, whichever is later.

3. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 above, this Agreement shall be applied provisionally to the extent possible not inconsistent with Norwegian legislation as from the date of signature of this Agreement by both of the parties thereto.

4. Provisional application of this Agreement shall continue until:

- this Agreement enters into force, or
- 60 days after the Agency receives notification that the Government will not consent to be bound by this Agreement, or
- the time limit for notification of consent by the Government, referred to in paragraph 1 above, expires.

Article 9

1. This Agreement shall terminate upon the termination of the Agreement on an International Energy Program.

2. Either party to this Agreement may terminate this Agreement upon twelve months' written notice to the other party to that effect, given not less than three years after 18th November, 1974, the first day of provisional application of the Agreement on an International Energy Program.

Article 6

Le Gouvernement a les mêmes obligations de contribuer au coût de fonctionnement de l'Agence qu'un Pays Participant à l'Agence en vertu de l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie.

Article 7

Le Gouvernement prend toute mesure, y compris les mesures législatives qui pourraient être nécessaires, en vue de mettre en œuvre le présent Accord ainsi que les décisions de l'Agence qui engagent le Gouvernement en vertu du présent Accord.

Article 8

1. Au plus tard le 1^{er} mai 1975, le Gouvernement notifiera à l'Agence que, s'étant conformé à ses procédures constitutionnelles, il consent à être lié par le présent Accord.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le dixième jour suivant la date à laquelle le Gouvernement aura procédé à la notification mentionnée à l'alinéa précédent, ou à la date d'entrée en vigueur de l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie si cette date est postérieure.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 ci-dessus, le présent Accord sera appliqué à titre provisoire, dans toute la mesure compatible avec la législation norvégienne, à compter de la date de la signature du présent Accord par les deux parties.

4. L'application provisoire du présent Accord se poursuivra:

- jusqu'à ce que le présent Accord entre en vigueur, ou
- pendant 60 jours après réception par l'Agence de la notification par laquelle le Gouvernement fait savoir qu'il ne consent pas à être lié par le présent Accord, ou
- jusqu'à l'expiration du délai dans lequel le Gouvernement peut notifier le consentement mentionné à l'alinéa 1 ci-dessus.

Article 9

1. L'Accord prendra fin dès que l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie aura lui-même pris fin.

2. Chacune des parties au présent Accord peut y mettre fin moyennant un préavis écrit de douze mois à l'autre partie, ce préavis ne pouvant être donné au plus tôt que trois ans après le 18 novembre 1974, premier jour de l'application à titre provisoire de l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie.

Artikel 10

Dieses Abkommen kann jederzeit im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert werden. Die Änderung tritt in einer Weise in Kraft, die von den Vertragsparteien bestimmt wird, wobei sie dafür Sorge tragen, daß die Regierung ihren verfassungsrechtlichen Verfahren entsprechen kann.

Article 10

This Agreement may at any time be amended by the mutual agreement of the parties. Such amendment shall come into force in a manner determined by the parties, and making provision for the Government to comply with its constitutional procedures.

Article 10

Le présent Accord peut à tout moment être amendé par accord entre les parties. Ces amendements entreront en vigueur dans les conditions déterminées par les parties, ces conditions devant permettre au Gouvernement de se conformer à ses procédures constitutionnelles.

Artikel 11

Änderungen des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm sind auf die Regierung nur mit ihrer Zustimmung anwendbar.

Article 11

No amendment to the Agreement on an International Energy Program shall be applicable to the Government without its consent.

Article 11

Aucun amendement à l'Accord relatif à un Programme International de l'Énergie ne sera applicable au Gouvernement sans son consentement.

Artikel 12

Dieses Abkommen unterliegt innerhalb von zwei Jahren nach seinem Inkrafttreten einer allgemeinen Überprüfung.

Article 12

This Agreement shall be subject to a general review within two years after its entry into force.

Article 12

Le présent Accord fera l'objet d'un examen général dans les deux ans suivant son entrée en vigueur.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten das vorliegende Übereinkommen am 7. Februar 1975 in Paris unterschrieben, und zwar in je zwei Ausfertigungen in englischer, französischer und deutscher Sprache. Jeder dieser Texte ist in gleicher Weise verbindlich.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned have signed the present Agreement this seventh day of February, 1975, at Paris in two copies in the English, French and German languages, each text being equally authoritative.

EN FOI DE QUOI, les soussignés ont apposé leur signature au bas du présent Accord le sept février mil neuf cent soixante-quinze, à Paris, en deux exemplaires, en français, en allemand et en anglais, chacun de ces textes faisant également foi.

Für die
Internationale Energie-
Agentur
For the
International Energy
Agency
Pour
l'Agence Internationale
de l'Énergie
D a v i g n o n
L a n t z k e

Für die
Regierung des Königreichs
Norwegen
For the
Government of the Kingdom
of Norway
Pour le
Gouvernement du Royaume
de Norvège
B o y e s e n

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 307. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. August 1976, ist im Bundesanzeiger Nr. 170 vom 9. September 1976 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs sowie Hinweise auf die Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 170 vom 9. September 1976 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühren) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.